

Wird die Affäre Schmid zum Fall Schweiz?

Der Bundesrat hat im Fall Nef/Schmid auch nach der Sommerpause nicht überzeugt. Man solle nun zur Tagesordnung übergehen, sagt ein Politologe. Seine Berufskollegin empfiehlt eine «breite Diskussion über Filz und Gewaltentrennung».

BERN – «Ein Unfall, wie er auch in der Privatwirtschaft passieren könnte.» Mit diesen Worten bezeichnete diese Woche Bundespräsident Pascal Couchepin die Wahl Roland Nefs zum Armeechef, die sich nachträglich «als Fehler» entpuppte. Eine Abgangsschädigung von 275 000 Franken sowie die Monatslöhne bis Ende Februar – damit ist die Sache für den Bundesrat vom Tisch. Massnahmen in der Verbesserung der Kaderselektion wurden versprochen. Ist damit die Sache für Verteidigungsminister Samuel Schmid (BDP) ausgestanden? Hat der Gesamtbundesrat damit angemessen und richtig reagiert?

«Fehler werden in allen Lebensbereichen dauernd begangen» bekräftigt Silvano Moeckli, Politikwissenschaftler an der Universität St. Gallen, Couchepins Aussage, um sie gleich wieder zu relativieren: Die Frage sei, ob man daraus Lehren ziehe. «Es wäre durchaus angemessen gewesen, etwas selbstkritischer zu sein», beurteilt er den Auftritt des Bundespräsidenten vom

vergangenen Mittwoch. So sei es falsch gewesen, dass der Bundesrat nach Bekanntwerden des Falls Nef Mitte Juli nicht sofort reagiert und auf die erste Sitzung nach der Sommerpause verwiesen habe. Damit habe er in Kauf genommen, dass der Fall durch das mediale Sommerloch geschleppt werde. Von einer Staatskrise zu sprechen, wäre aus der Sicht Moecklis aber «völlig übertrieben».

Gewaltentrennung gefährdet

Anders sieht das die Berner Politologin Regula Stämpfli, die den derzeitigen medialen Druck auf den Gesamtbundesrat sehr ernst nimmt. «Die Affäre Nef hat viel Vertrauen in den neuen Bundesrat vom 12. Dezember zerstört, und auch der Auftritt von Bundespräsident Couchepin hat die Gemüter nicht beruhigt.» Im Gegenteil: «Die Bezeichnung <Unfall> ist wohl kaum der richtige Begriff für die organisierte Unverantwortlichkeit, die sich im Fall Nef zeigte.» Auf die Frage, ob sich der Fall Nef zum Fall Schmid und weiter zum Fall Bundesrat entwickle, dreht Stämpfli die Spirale noch weiter: «Vielleicht gibt es sogar einen Fall Gewalttrennung Schweiz.» Sollte sich nämlich der Verdacht erhärten, dass, wie in der «Weltwoche» berichtet, Schmidts Departement Einfluss auf die Zürcher Justiz genommen und im laufenden Strafverfahren gegen Roland Nef 2006 eine Hausdurchsuchung vereitelt hat, um die Ernennung Nefs nicht zu gefährden, «dann ist es höchste Zeit, in der Schweiz eine breite Diskussion über Filz und Gewalttrennung zu führen». Denn neben der international eher unbedeutenden Affäre Nef lauerten ja noch andere grosse Brocken, die zum Fall Schweiz führen könnten, sie denke da an die UBS in den USA.

Sie bleiben handlungsfähig

Eines ist für Regula Stämpfli klar: «Der Bundesrat ist durch eine schlechte Kommunikation und seine Uneinigkeit im Auftritt aufgefallen.» Von links bis rechts meldeten sich erstaunte Stimmen. «Für die Schweizer Politik ist das laufende Jahr alles andere als vertrauensbildend.»



Die politischen Turbulenzen im Bundesrat werden so lange anhalten, bis die SVP wieder Einzug hält, meinen Politologen. Bild: key

Ist also alles schlimmer geworden im Bundesrat, seit Christoph Blocher nicht mehr im Gremium sitzt und in die Gärten der anderen hineinregiert? «Nein», meint Silvano Moeckli. Offenbar werde schnell vergessen, was sich während der Amtszeit Blochers alles zugetragen habe: «Verletzung des Kollegialitätsprinzips, Angriffe auf Justiz und Verwaltung, die Blocher als geschützte Werkstätte verunglimpfte, sein Auftritt in der Türkei gegen die Anti-Rassismus-Strafnorm.»

Und die Beförderung Nefs zum Armeechef hat Aufräumer Blocher, der zu jener Zeit noch Bundesratsmitglied war, auch nicht verhindert. «Blocher ist ein kritischer Geist und hat dem Gremium vermutlich gutgetan, er hat aber inhaltlich nicht viel bewirkt», so Moecklis Einschätzung. Der Bundesrat sei heute «mit Sicherheit handlungsfähig», auch wenn Schmid Mühe haben werde, im Parlament die Mehrheit zu gewinnen. Die Turbulenzen aber würden anhalten, bis die wählerstärkste Partei und Schmidts unerbittlichste Gegnerin, die SVP, wieder im Bundesrat vertreten sei. |KARIN LANDOLT

Zürcher Politik rollt Fall Nef auf

ZÜRICH – Für den Bundesrat ist die Affäre Nef erledigt. Die Zürcher Politik dagegen beginnt jetzt mit der Aufarbeitung des Falls. Auslöser ist ein Bericht der «Weltwoche» und die darin erhobenen Vorwürfe (siehe auch Haupttext). Die Justizdirektion von Regierungsrat Markus Notter (SP) wird von der Oberstaatsanwaltschaft Einsicht in die Akten und einen Bericht fordern, wie Generalsekretär Christian Zünd gegenüber dem DRS-Regionaljournal sagte. Im Bericht soll unter anderem die Frage geklärt werden, «weshalb die angesetzte Hausdurchsuchung der Zürcher Stadtpolizei kurzfristig abgeblasen wurde». Laut «Weltwoche» fand die Razzia erst statt, als Nef von den Plänen der Polizei wusste. Zu klären sein wird auch, ob das VBS die Einstellung des Verfahrens gegen Roland Nef beeinflusst hatte und wozu die Staatsanwaltschaft zur Person Nef ein Gutachten erstellen

liess. Schliesslich wird sich die Oberstaatsanwaltschaft auch zur Rolle einer Staatsanwältin und zur Frage, ob sie befangen ist, äussern müssen. Sie untersucht derzeit, wer der «Sonntags-Zeitung» die brisanten Polizeidokumente übergeben hatte, die die Affäre auslösten. Es ist dieselbe Staatsanwältin, die schon gegen Nef ermittelt hatte.

Das im Juli eingeleitete Verfahren wegen Amtsgeheimnisverletzung ist noch hängig. Zum Kreis der Verdächtigen gehören acht Zürcher Stadtpolizisten. Zudem seien drei Kantonspolizisten involviert, sagte ein Kapo-Sprecher gestern.

Auch die Geschäftsprüfungskommission des Kantonsrats ist nun aktiv geworden. Er werde den Präsidenten der Justizkommission bitten, sich um die Klärung der Sache zu bemühen, bestätigte GPK-Präsident Heinrich Wuhmann einen Bericht der «NZZ». (flu/sda)

Erstes Interview

Die 275 000 Franken Abgangsschädigung für den abgetretenen Armeechef Roland Nef sind gerechtfertigt: Das sagte sein Anwalt Bernhard Rüdy in einem Exklusiv-Interview mit dem «Tages-Anzeiger» vom Freitag. Die Entschädigung entspreche zwar nicht den Maximalvorstellungen, sei aber akzeptabel, sagte der Anwalt der Zeitung. Seine Forderung habe zwölf Monatsgehälter und Nebenkosten betragen, jetzt seien etwas mehr als elf Monatslöhne herausgekommen. Bei der Entschädigungssumme seien die Vorstellungen auseinandergeklafft, ansonten habe sich VBS-Chef Samuel Schmid «kooperativ gezeigt». Am letzten Montag sei der Vertrag unterzeichnet worden. Den Vorwurf, Nef habe Bundesrat Schmid an der Nase herumgeführt, wies Rüdy von sich. Das habe Schmid auch gar nie behauptet. (sda)

Parteien setzen auf Integration

BERN – Die Ausländerintegration muss nach Ansicht von FDP, CVP und SP eine Priorität der nationalen Politik werden. Vom Bundesrat erwarten die drei Parteien in der ersten Hälfte 2009 Auskunft darüber, ob es dazu ein Rahmengesetz braucht. Die Prüfung eines Integrationsgesetzes hat das Parlament mit einem Vorstoss von Ständerat Fritz Schiesser (FDP, GL) verlangt. An den Von-Wattenwyl-Gesprächen des Bundesrates mit den Parteispitzen erklärte sich Justizministerin Evelyne Widmer-Schlumpf gestern bereit, den entsprechenden Bericht statt Ende 2009 bereits Mitte Jahr vorzulegen.

Die Räte sollten noch in dieser Legislatur über die Integrationspolitik diskutieren können, sagte FDP-Präsident Fulvio Pelli. Über die Instrumente und über die Notwendigkeit eines Rahmengesetzes seien sich die Parteien uneinig. Alle plädierten aber dafür, den Kantonen auf Bundesebene gewisse Kriterien vorzugeben. Von der Bundesratsdelegation liessen sich die Parteispitzen auch über das Scheitern der WTO-Runde Ende Juli in Genf informieren. Laut Pelli wiesen sie einhellig auf die Bedeutung eines erfolgreichen Abschlusses für das Exportland und die Hochpreinsel Schweiz hin. Zu Unrecht drehe sich die öffentliche Diskussion fast ausschliesslich um die Landwirtschaft. (sda)

Erziehungsdirektoren in der Offensive

Die Erziehungsdirektoren haben gestern die Harmos-Reform entschieden verteidigt. Bis jetzt haben erst fünf Kantone zugestimmt.

BERN – Die ganze Debatte um Harmos werde instrumentalisiert, um einer gewissen Oppositionspolitik Inhalt zu geben, sagte Isabelle Chassot, Präsidentin der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK), gestern vor den Medien in Bern. Es werde instrumentalisiert,

indem die ganze Kampagne darauf basiere, was Harmos eben nicht sei. So sehe Harmos beispielsweise eben keine obligatorischen Tagesstrukturen vor und sage nichts zur Abschaffung von Sonderklassen. Bei Harmos gehe es um eine Harmonisierung der Ziele und der Strukturen.

Chassot zielt auf SVP

Chassot zielte mit der Kritik auf die SVP, die das Harmonisierungsprojekt für die Volksschule bekämpft. Die Vertreter der EDK machten auf einen Kulturunterschied aufmerksam. So sei

das Projekt vor allem in der Deutschschweiz umstritten. Das Konkordat tritt in Kraft, wenn es von zehn Kantonen ratifiziert worden ist.

Das Referendum ist bislang in sechs Kantonen zustande gekommen. Zu einer ersten Abstimmung kommt es am kommenden 28. September im Kanton Luzern. Am 30. November gebe es dann einen «Super-Sunday», sagte die Waadtländer Regierungsrätin Anne-Catherine Lyon. Dann wird in den Kantonen Thurgau, Graubünden, St. Gallen und Zürich über den Beitritt zum Harmos-Konkordat abgestimmt. Mit Schaffhausen, Glarus, Waadt, Jura und Neuenburg haben bisher fünf Kantone den Beitritt beschlossen. Sie sei zuversichtlich, dass das Quorum vor Ende Jahr erreicht werde, sagte Chassot. Sie betonte, die EDK werde sich nicht in den Abstimmungskampf einschalten.

Mit dem Konkordat setzen die Kantone einen Verfassungsauftrag um, erklärte die Schaffhauser SVP-Regierungsrätin Rosmarie Widmer Gysel. Damit komme man einem Wunsch des Schweizer Stimmvolks nach, die Volksschule besser an die Bedürfnisse von Gesellschaft und Wirtschaft anzupassen. Viele Argumente, die mit dem Konkordat in Verbindung gebracht werden, hätten mit Harmos gar nichts zu tun. So sei Harmos eine Schul- und keine Erziehungsvorlage. (ap)



EDK-Präsidentin Isabelle Chassot wirbt für ein Ja zum Schulprojekt Harmos. Bild: key

INKÜRZE

Anzeige im Fall Roschacher

BERN – Die nationalrätliche Kommission für Rechtsfragen reicht im Zusammenhang mit dem GPK-Bericht zur Affäre Roschacher/Blocher eine weitere Strafanzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung ein. Dies, nachdem in der «NZZ am Sonntag» vom 22. Juni ein Bericht erschien, worin aus dem vertraulichen Gesuch um die Immunitätsaufhebung des SVP-Nationalrats Toni Brunner zitiert worden war.

Wieder mehr Biber

LYSS – Der Biber ist in der Schweiz weisser auf dem Vormarsch. War der Nager zeitweise fast ausgerottet, gibt es nun wieder 1400 bis 1600 dieser Tiere im Land, wie an einer internationalen Tagung von Wildtierbiologen in Lyss bekannt gemacht wurde.

Protest gegen Kürzungen

FREIBURG – Die Auslandschweizer kämpfen für die «Schweizer Revue». An ihrem Kongress verlangten sie vom Bundesrat, die geplanten Kürzungen fallen zu lassen. Das Budget für die «Schweizer Revue» beträgt 1,8 Millionen Franken. Gespart werden soll nach Auffassung des Aussendepartements eine halbe Million Franken: Die Revue soll künftig nur noch an jene versandt werden, die sie in Papierform anfordern. Die anderen erhielten sie elektronisch. (ap/sda)